

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
A. Thesen	2
B. Verfassungsrechtliche Perspektive	6
C. Grundrechtecharta als Referenzordnung	8
D. Struktur der Arbeit	11
1. Teil	
Was ist Sicherheit? Sicherheit aus der Grundrechtsperspektive	13
A. Sicherheit und Legitimation	14
B. Sicherheit und Verfassungsrecht	15
C. Sicherheit als Paradoxon	16
D. Sicherheit als kulturelles und soziales Konstrukt	17
E. Sicherheit als besonders aushandlungsbedürftige Sachmaterie	22
F. Zusammenfassung	25
2. Teil	
Klassische grundrechtsdogmatische Figuren der unionsrechtlichen Sicherheitsverfassung	27
A. Sicherheit als legitimer Zweck	27
B. Sicherheit als grundrechtliche Schutzpflicht	43
C. Sicherheit als Grundrecht	72

3. Teil

Sicherheit als Chartagrundsatz und als grundrechtsdogmatische Innovation	111
A. Die Chartagrundsätze als neue Unbekannte der unionalen Grundrechtsordnung	111
B. Ansätze einer allgemeinen Lehre von den Chartagrundsätzen	121
C. Probleme und Lösungsansatz	156
D. Die Alternative der Sicherheit als Chartagrundsatz, seine Wirkungen und seine verfassungstextliche Verortung	187
E. Zusammenfassung	202

4. Teil

Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der unterschiedlichen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit als Beispiel	207
A. Cybersicherheit als umfassendes, weil räumliches Konzept	207
B. Versicherheitlichung und Rights Talk im Bereich der Cybersicherheitsgewährleistung	212
C. Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der verschiedenen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit	221
Schluss	231
A. Zusammenfassende Thesen	231
B. Ausblick	233
Literaturverzeichnis	237
Sachregister	249

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Thesen	2
I. Die Vergrundrechtlichung des Gewährleistungsziels Sicherheit als Problem für Demokratie und Gewaltenteilung	2
II. Sicherheit als besonders aushandlungsbedürftige Sachmaterie	5
III. Der unionsrechtliche Sicherheitsgrundsatz als grundrechtsdogmatische Alternative	6
B. Verfassungsrechtliche Perspektive	6
C. Grundrechtecharta als Referenzordnung	8
D. Struktur der Arbeit	11
 1. Teil	
Was ist Sicherheit? Sicherheit aus der Grundrechtsperspektive	13
A. Sicherheit und Legitimation	14
B. Sicherheit und Verfassungsrecht	15
C. Sicherheit als Paradoxon	16
D. Sicherheit als kulturelles und soziales Konstrukt	17
E. Sicherheit als besonders aushandlungsbedürftige Sachmaterie	22
I. Unmöglichkeit der abschließenden verfassungsrechtlichen Definition von Sicherheit als Folge ihrer sozialen und kulturellen Konstruktion	23
II. Sicherheit als freiheitlich und demokratisch strukturierter Prozess	24
F. Zusammenfassung	25

2. Teil

Klassische grundrechtsdogmatische Figuren der unionsrechtlichen Sicherheitsverfassung	27
A. Sicherheit als legitimer Zweck	27
I. Sicherheit als legitimer Zweck im Unionsrecht	29
II. Zu große Offenheit gegenüber demokratischen Aushandlungsprozessen	31
III. Mangelnder Freiheitsschutz als Folge richterrechtlicher Nachlässigkeit	32
1. Die Entwertung des legitimen Zwecks im Allgemeinen	32
a. Bisherige „Anspruchslosigkeit“ der Grundrechtsprechung des EuGH im Allgemeinen	33
b. „Anspruchslosigkeit“ der Rechtsprechung zur Legitimität des vorgebrachten Zwecks	34
2. Die Entwertung des Gewährleistungsziels Sicherheit in Gestalt des legitimen Zwecks im Besonderen als Legitimation sozial und kulturell konstruierter Unsicherheiten	38
IV. Zusammenfassung	42
B. Sicherheit als grundrechtliche Schutzpflicht	43
I. Die grundrechtliche Schutzpflicht im Unionsrecht	45
1. Breite Anerkennung im Schrifttum	45
2. Zurückhaltung in der Rechtsprechung der Unionsgerichte ...	50
II. Die grundrechtliche Schutzpflicht in der grundsätzlichen Kritik .	53
1. Freiheitsverkürzung durch Wandel der Grundrechte von Eingriffsverboten in Eingriffsgebote	54
2. Vergrundrechtlichung der Rechtsordnung und der Sicherheitspolitik	56
3. Vergrundrechtlichung als Prozess der Versicherheitlichung ...	60
III. Kollektiv-rechtliche Schutzgüter als Alternative	62
1. Die Tendenz des EuGH zum kollektiv-rechtlichen Ansatz ...	63
2. Die unionsverfassungstextliche Stärkung des kollektiv-rechtlichen Ansatzes durch die Grundrechtecharta ..	66
3. Grundrechtsdogmatische Vorteile und Schonung des Demo- katieprinzips sowie des Grundsatzes der Gewaltenteilung ...	67
4. Teilweise Inkommensurabilität der grundrechtlichen Schutzpflicht	68
IV. Zusammenfassung	71
C. Sicherheit als Grundrecht	72
I. Art. 6 GRCh als interpretationsoffene Vorschrift	77
1. Sicherheitsrechtliche Gehalte des Art. 5 Abs. 1 EMRK	77
2. Sicherheitsrechtliche Gehalte des Art. 6 GRCh	83
3. Stellungnahme	84

4. Zwischenergebnis	86
II. Der grundrechtsdogmatische Mehrwert des Grundrechts auf Sicherheit und die Freiheit als Grenze	87
1. Bestandssicherndes Grundrecht	90
2. Bestandserweiterndes Grundrecht	92
3. Der unionsrechtliche Wert der Freiheit als Grenze	95
a. Unionsverfassungstextliche Vorgaben	96
b. Primat der Freiheit als grundrechtsdogmatisches Leitbild ..	98
c. Freiheitsverkürzende Effekte	101
d. Stabilisierungsfunktion des europäischen Grundrechtsverbunds	102
4. Zusammenfassung	105
III. Vergrundrechtlichung der Rechtsordnung und der Sicherheitspolitik	105
IV. Zusammenfassung	107
3. Teil	
Sicherheit als Chartagrundsatz und als grundrechtsdogmatische Innovation	111
A. Die Chartagrundsätze als neue Unbekannte der unionalen Grundrechtsordnung	111
I. Positiv-rechtliche Ausgangslage	113
II. Entstehungsgeschichte	114
B. Ansätze einer allgemeinen Lehre von den Chartagrundsätzen	121
I. Die Chartagrundsätze als verbindliches Recht	122
1. Rechtsverbindlichkeit der Grundsätze an sich	122
2. Grundsätze als abwehr- und leistungrechtliche Normen	123
3. Gegenvorschlag: Grundsätze als allein leistungrechtliche Normen ohne eigene materielle Rechtsgehalte	127
a. Grundsätze als allein leistungrechtliche Normen	127
b. Grundsätze als Normen ohne eigene materiell-rechtliche Gehalte	128
c. Vereinbarkeit mit Art. 52 Abs. 5 GRCh	131
aa. Grundsätze als Auslegungsgebote	131
bb. Grundsätze als Rechtmäßigkeitsmaßstab	131
II. Die Chartagrundsätze als abwägungsbedürftige Prinzipien	134
III. Die Chartagrundsätze als objektives oder subjektives Recht	136
1. Die Chartagrundsätze als objektives, weil nur beschränkt einklagbares Recht	137
2. Die Chartagrundsätze als subjektives, gleichwohl nur beschränkt einklagbares Recht	139

3. Stellungnahme: Grundsätze als objektives Recht und Identitätsthese statt Ähnlichkeitsthese	143
IV. Rechtswirkung der Grundsätze	144
1. Gebote der grundsatzkonformen und grundsatzfreundlichen Auslegung	144
2. Rückschrittsverbot	145
3. Grundsätze als Subjektivierungsgebote	147
4. Gebot der anspruchsfreundlichen Auslegung	148
V. Die Grundsatzkonzeption des EuGH	150
1. Grundsätze als umsetzungsbedürftiges objektives Recht ohne eigene materielle Rechtsgehalte und weites Verständnis des Umsetzungsaktes	151
2. Ablehnung der Einheitsthese?	152
3. Keine anspruchsfreundliche Auslegung?	154
4. Fazit	155
VI. Zusammenfassung	155
C. Probleme und Lösungsansatz	156
I. Unmöglichkeit der Einordnung einzelner Chartabestimmungen als Grundsätze aufgrund der bisherigen Grundsatzkonzeption ..	156
1. Im Schrifttum vorgeschlagene Einordnungskriterien	157
2. Kritik der Einordnungskonzepte am Beispiel der Art. 25 und 26 GRCh	160
a. Verwendung der Begriffe „Recht“ und „Anspruch“	160
b. Subjektiv-rechtliche Formulierung	162
c. Keine besondere Normenunbestimmtheit	163
d. Unsichtbarkeit etwaiger besonderer Funktionsschwerpunkte	167
e. Unsichtbarkeit etwaiger allein leistungsrechtlicher Funktionen	169
f. Zwischenfazit: Art. 25 und 26 GRCh als Grundsätze mit grundrechtlichem Anschein	169
3. Auslegungsmethodischer Stellenwert der Erläuterungen	170
II. Gegenvorschlag: Grundsätze als besonders aushandlungsbedürftige Rechtsgüter schützende Normen	173
1. Besondere Aushandlungsbedürftigkeit der Grundsatzrechtsgüter	174
2. Demokratieprinzip als Indikator besonderer Aushandlungsbedürftigkeit	175
3. Beispiele besonders aushandlungsbedürftiger Sachbereiche ...	180
a. sozialrechtliche Verbürgungen	180
b. Gemeinschaftsgüter schützende Verbürgungen	181

4. Besondere Aushandlungsbedürftigkeit nur einzelner Gewährleistungsgehalte innerhalb eines Charta-Artikels und Abgrenzung zu den grundrechtlichen Schutzpflichten ...	184
5. Folgen für die Einordnung einzelner Chartabestimmungen als Grundsätze oder Grundrechte	185
III. Zusammenfassung	186
D. Die Alternative der Sicherheit als Chartagrundsatz, seine Wirkungen und seine verfassungstextliche Verortung	187
I. Der Sicherheitsgrundsatz als Demokratie und Gewaltenteilung schonende und dem kollektiv-rechtlichen Ansatz des EuGH entsprechende grundrechtsdogmatische Alternative	187
II. Die verfassungstextliche Verortung des Sicherheitsgrundsatzes in Art. 6 GRCh	190
1. Der Sicherheitsgrundsatz als lediglich vertretbares Auslegungsergebnis bei isolierter Betrachtung des Art. 6 GRCh ...	191
a. Wortlaut	192
b. Entstehungsgeschichte	192
c. Telos	192
d. Systematik	193
aa. Die Einbettung des chartarechtlichen Sicherheitsgrundsatzes in den europäischen Grundrechtsverbund gemäß Art. 52 Abs. 3 und 4 GRCh	193
bb. Art. 6 GRCh im Gefüge des Primärrechts	195
2. Der Sicherheitsgrundsatz als zwingendes Auslegungsergebnis bei Betrachtung des Art. 6 GRCh im Lichte des unionsverfassungsrechtlich verbürgten Demokratieprinzips ...	196
III. Rechtliche Wirkungen des unionsrechtlichen Sicherheitsgrundsatzes	199
1. Das sicherheitsgrundsätzliche Gebot zur grundsatzkonformen und beschränkt grundsatzfreundlichen Auslegung	199
2. Das sicherheitsgrundsätzliche relative Rückschrittsverbot	200
3. Das sicherheitsgrundsätzliche Subjektivierungsgebot und das Gebot zur anspruchsfreundlichen Auslegung	201
4. Die den Schutzgüterbestand erweiternde Wirkung des Sicherheitsgrundsatzes	201
E. Zusammenfassung	202

4. Teil

Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der unterschiedlichen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit als Beispiel	207
A. Cybersicherheit als umfassendes, weil räumliches Konzept	207
I. IT-Sicherheit aus informatischer Sicht	207
II. Cybersicherheit aus politischer und juristischer Perspektive	209
III. Fazit: Vorzugswürdigkeit des Konzepts der Cybersicherheit	211
B. Versicherheitlichung und Rights Talk im Bereich der Cybersicherheitsgewährleistung	212
I. Die Versicherheitlichung der Cybersicherheit	212
II. Verstärkter Rekurs auf die Figur der grundrechtlichen Schutzpflicht im Schrifttum	215
III. Versicherheitlichungstendenzen verstärkender <i>Rights Talk</i> als Folge	218
IV. Sicherheitsgrundsatz als grundrechtsdogmatische Alternative	219
C. Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der verschiedenen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit	221
I. Cybercrime- und NIS-Richtlinie als wesentliche Pfeiler der europäischen Sicherheitsgesetzgebung	221
II. Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte des legitimen Zwecks, der grundrechtlichen Schutzpflicht und des Sicherheitsgrundrechts	222
1. Europäische Cybersicherheit als legitimer Zweck	222
2. Europäische Cybersicherheit als unionsgrundrechtliche Schutzgehalte	223
3. Cybersicherheit als Konkretisierung des unionsrechtlichen Sicherheitsgrundsatzes	227
Schluss	231
A. Zusammenfassende Thesen	231
B. Ausblick	233
Literaturverzeichnis	237
Sachregister	249